



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 12.12.2013, 17:08 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2014,
Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2013-2017**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3.

TOP 1.1 **Haushaltsplan 2014** **Vorl.Nr. 372/13**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3.

TOP 1.2 **ANLAGE Haushaltsplan 2014** **Vorl.Nr. 373/13**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3.

TOP 1.3 **Haushaltsplan 2014 - Änderungsverzeichnis** **Vorl.Nr. 541/13**

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2014 sowie der Haushaltsplan 2014 und die mittelfristige Finanzplanung 2014 - 2017 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 372/13) und den der Vorl. Nr. 541/13 beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen im
-

kalkulatorischen Ergebnis der Teilhaushalte (interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, kalkulatorische Zinsen) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)

Ja 35 Nein 3 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein und erinnert an die Beratung der verschiedenen Anträge zum Haushaltsplan 2014.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf die Vorl. Nr. 541/13, die das Änderungsverzeichnis zum Haushaltsplanentwurf sowie die aktualisierte Haushaltssatzung enthalte und nennt die Eckdaten des Haushaltes. Bei ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von je rund 249 Mio. Euro könne das ordentliche Ergebnis ausgeglichen werden. Allerdings enthalte der Haushaltsplan noch eine globale Minderaufwendung in Höhe von ca. 803.000 Euro.

Stadtrat **Dr. Bohn** hält es für relativ einfach, dem Haushaltsplan 2014 zuzustimmen. Die Stadt Ludwigsburg könne eine gute Einnahmesituation aufweisen und der Haushalt sei, abgesehen von der globalen Minderaufwendung, ausgeglichen. Bei den Ausgaben wären jedoch teilweise Verbesserungen möglich. Aus den Rücklagen sollten, auch im Interesse der Bürger und Steuerzahler, wichtige Maßnahmen zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Straßen oder Radwege finanziert werden. Die „Rendite“ der Investitionen sei in Ludwigsburg die Bereitstellung einer hohen Lebensqualität, sodass eine zusätzliche Generationengerechtigkeit erreicht werden könne.

Stadträtin **Schneller** könne die nun erfolgte Umstellung auf das NKHR begrüßen. Allerdings bemängelt sie, dass die Stadt Ludwigsburg trotz der erreichten höchsten Steuereinnahmen über ihre Verhältnisse lebe. Der Vorschlag ihrer Fraktion bezüglich einer Senkung Personalkosten sei nicht ernsthaft überdacht und der Antrag dazu abgelehnt worden. Dagegen sei der Vorschlag zu den Mehrausgaben angenommen worden. In den kommenden vier Jahren seien Investitionen in Höhe von 102 Mio. Euro geplant, die aus den Rücklagen finanziert werden sollen. Somit seien die Rücklagen nach dem Jahr 2017 aufgebraucht, was ihrer Ansicht nach keiner Generationengerechtigkeit entspreche. Da ihre Fraktion dem Stellenplan nicht zustimmen werde, bittet sie um getrennte Abstimmung.

Stadtrat **Gericke** lobt, dass das ordentliche Ergebnis seit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes verbessert werden konnte. Außerdem befürwortet er, dass der Antrag seiner Fraktion zur Reduzierung des Ansatzes für Grunderwerb angenommen worden sei. Die positive Finanzentwicklung sei, z. B. aufgrund der erforderlichen Investitionen bei den Schulen, dringend notwendig. Seine Fraktion sei sehr unzufrieden hinsichtlich des Themenfeldes Mobilität, da die Anzahl der Autofahrer immer noch zu hoch sei. Für eine Lärmreduzierung sei es wichtig, die Radwege zu verbessern und den Bau einer Stadtbahn weiterzuverfolgen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne dem Haushalt 2014 zustimmen.

Stadtrat **Dr. Heer** erinnert daran, dass bereits seit der Klausur des Gemeinderates bekannt gewesen sei, dass der Haushalt defizitär sei. Er befürworte, dass durch das NKHR mehr Wahrheit und Transparenz im Haushalt gewährleistet werde. Bezugnehmend auf den einzigen Antrag seiner Fraktion zum Haushalt 2014 betont er, dass das zentrale Ziel ein positives ordentliches Ergebnis sein müsse damit Generationengerechtigkeit erreicht werden könne. Der Haushalt könne zwar ein ordentliches Ergebnis aufweisen, seine Fraktion hätte allerdings teilweise gerne andere Prioritäten gesetzt. Da die Rücklagen allmählich aufgebraucht werden sollen, sehe er weiterhin einen Konsolidierungsbedarf. Die FDP-Fraktion könne dem Haushalt 2014 zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** stellt heraus, dass die Entwicklung der Stadt von der gleichen Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele geprägt sein solle. Im Haushaltsplan 2014 würden diese Ziele nicht gleichermaßen berücksichtigt. Stattdessen seien viele Ansätze, z. B. für Parkplätze, Straßenbau und Schaffung von Wohnbauflächen, von Aspekten der Wirtschaftsförderung geprägt. In den Bereichen Soziales, Umwelt und Ökologie werde die Stadt ihrer Ansicht nach nicht aktiv. So bestehe beispielsweise Handlungsbedarf bei den Themen Lärminderung, Grünflächen, Fußwege, Alleen sowie beim Bahnhof. Da die Stadt das Gemeinwesen vertrete müssten die örtlichen Aufgaben auch gleichermaßen berücksichtigt werden.

Stadtrat **Kemmerle** vertritt den Standpunkt, dass der Haushaltsplan 2014 teilweise durchaus zustimmungswürdige Punkte enthalte. Dennoch könne er dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen, da der Haushalt eine globale Minderaufwendung enthalte, die noch nicht definiert sei. Er vermutet allerdings, dass diese Minderaufwendung hauptsächlich über Einsparungen im Personalbereich erwirtschaftet werde, welche er nicht befürworten könne. Seiner Meinung nach müsse die Stadt sich mehr für die Schaffung eines sozialen Gleichgewichtes einsetzen. Zum Beispiel müssten beim Thema Wohnbauland auch die Interessen von weniger wohlhabenden Bürgerinnen und Bürgern beachtet werden.

Stadträtin **Lange** hebt hervor, dass sich die Stadt Ludwigsburg positiv entwickelt habe. Bei den Themen Infrastruktur und Wohnbauflächen sehe sie jedoch noch Nachholbedarf. Sie plädiert dafür, auch die Unterhaltung des Straßennetzes nicht außer Acht zu lassen, da dort noch mehr vorbeugende Planung erforderlich sei. Weiter schildert sie, dass die Stadt mehr Maßnahmen ergreifen sollte um zu einer Sportstadt zu werden. Auch die Vereine müssten mehr von der Stadt unterstützt werden. Ihrer Meinung nach lebe die Stadt durch diesen Haushaltplan von ihrer Substanz. Sie werde die Ziff. 1 des Beschlussvorschlages ablehnen.

Bezugnehmend auf die Einsparvorschläge im Personalbereich stellt Stadtrat **Lettrari** klar, dass die Ziele Wohlfühlbahnhof und Sichere Stadt nur mit der Bereitstellung von entsprechendem Personal erreicht werden könnten. Aufgrund der enthaltenen globalen Minderaufwendung sei das ausgeglichene ordentliche Ergebnis eine geschönte schwarze Null. Im Haushaltsplan 2014 fehlten noch einige dringend notwendige Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich der Schulen. Darüber hinaus seien noch keine Mittel zur Planung einer Stadtbahn in den Jahren 2015 ff. enthalten.

Stadtrat **Herrmann** weist darauf hin, dass die Verwaltung nach der Beratung der Haushaltsanträge noch einige Arbeitsaufträge zu erledigen habe. Durch die Umstellung auf das NKHR enthalte der Haushalt nun ein ehrlicheres Ergebnis. Bei den Planungs- und Bauraten müsste noch eine Priorisierung festgelegt werden. Er befürwortet, dass der Haushalt einige Mittel im Bereich Sicherheit enthalte. Seiner Meinung nach sollte auch das Thema Brandschutz weiter voran getrieben werden. Er betont, dass die Stadt Ludwigsburg im Bildungsbereich gut ausgestattet sei. Auch aufgrund des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements sei die Stadt ein begehrter Wohn- und Arbeitsort. Für die Zukunft bittet er darum, dass die Stadtverwaltung weiterhin nach Einsparmöglichkeiten suche. Abschließend teilt er mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt einstimmig zustimmen werde.

Bezüglich der Wortmeldung von Stadträtin Schneller stellt Herr **Kiedaisch** klar, dass der Stellenplan integraler Bestandteil des Haushaltsplanes sei und eine separate Abstimmung

deswegen nicht möglich sei.

OBM **Spec** unterstreicht, dass der Haushaltsplan nun alle Ergebnisse aus den Beratungen mit dem Gemeinderat und aus der Bürgerbeteiligung enthalte. In den vergangenen Jahren habe die Stadt durch Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung Steuereinnahmen ansparen können. Die hohe Anzahl der geplanten Investitionen beinhalte auch das Nachholen von längst überfälligen Investitionen.

Stadträtin **Schneller** erklärt, dass ihre Fraktion aufgrund des Hinweises von Herrn Kiedaisch dem Haushalt zustimmen werde. Sie betont allerdings, dass die Freien Wähler mit dem Stellenplan und der Personalpolitik der Stadt nicht einverstanden seien.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 541/13 abstimmen.

TOP 2	Fortsetzung der Wohnbaulandentwicklung	Vorl.Nr. 531/13
--------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.1	Baulandpolitik - Antrag der FW-Fraktion vom 14.11.2013	Vorl.Nr. 500/13
----------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FW-Fraktion vom 14.11.2013, Vorl. Nr. 500/13, ist mit der Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 544/13 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.

TOP 2.2	Fortsetzung der Wohnbaulandentwicklung - Abweichender Empfehlungsbeschluss zu Vorl.Nr. 531/13	Vorl.Nr. 544/13
----------------	--	------------------------

Abweichender Beschluss:

1. Die Entwicklung neuer Wohnbaugebiete mit Flächen über 3000 m² erfolgt künftig nur noch, wenn sämtliche betreffenden Grundstücke im Eigentum der Stadt stehen.

Sofern eine Einigung mit den Grundstückseigentümern auf einem vertretbaren Preisniveau und innerhalb einer angemessenen Frist nicht zustande kommt, wird von einer planerischen Entwicklung der entsprechenden Flächen Abstand genommen.

2. Für die Gebietsentwicklung gelten folgende wesentlichen Verfahrenskriterien:
 - a) Im Vorfeld beabsichtigter Gebietsentwicklungen führt die Stadtverwaltung mit allen Grundstückseigentümern Grunderwerbsverhandlungen.
 - b) Die Grundstücksverkäufer erhalten ein Ankaufsrecht für Bauland ausschließlich für den Eigenbedarf unter Berücksichtigung der Größe der abgetretenen Grundstücke und des Flächenabzugs für öffentliche Verkehrs-, Grün und ggf. Ausgleichsflächen sowie für öffentliche Infrastruktureinrichtungen; beim Eigenbedarf werden nahe Familienangehörige berücksichtigt.
Die Veräußerung von Baugrundstücken an Alteigentümer erfolgt zum Wert von erschließungsbeitragsfreiem Bauland; sämtliche Erschließungsbeiträge sollen im Kaufpreis enthalten sein.
 - c) Die Stadt behält sich für den Fall einer unüberbauten Weiterveräußerung ein Wiederkaufrecht an allen Grundstücken vor, ausgenommen beim Verkauf von Bauland an Alteigentümer gem. lit. b).
3. Außerhalb der vom Gemeinderat beschlossenen bzw. beabsichtigten Potentialflächen (Anlage 1 zur Vorl. Nr. 531/13) kann unter den Voraussetzungen des § 12 BauGB (Kostentragung und Durchführungsverpflichtung) im Ausnahmefall eine Baulandentwicklung von Grundstückseigentümern auf der Grundlage eines städtebaulichen Vertrages mit vorhabenbezogenem Bebauungsplan initiiert werden,
 - a) wenn die Einhaltung der Vorschriften des Baugesetzbuches sichergestellt ist *und*
 - b) wenn die städtebauliche und architektonische Qualität sichergestellt ist *und*
 - c) wenn über die für die Stadt kostenneutrale Finanzierung der inneren Infrastruktur hinaus eine angemessene Kostenbeteiligung an der Infrastruktur außerhalb des Plangebiets (Bildungseinrichtungen u.a.) sichergestellt ist *und*
 - d) wenn von den Gesamtflächen für den Geschosswohnungsbau 10 % bis 20 % der Flächenanteile für preiswerten Mietwohnraum (z.B. Fair Wohnen und Mietwohnungen nach dem Landeswohnraumfördergesetz) an Wohnungsbauunternehmen, Bauträger oder sonstige Bauherren zur Verfügung gestellt werden *und*
 - e) wenn die Baulandentwicklung einer nachhaltigen Stadtentwicklung dienlich ist.
4. Der Fachbereich Stadtplanung und Vermessung wird beauftragt, bei den Grundstückseigentümern von Baulückengrundstücken mögliche Verwertungsabsichten (Bebauungs- oder Verkaufsbereitschaft) abzufragen, mit dem Ziel bei möglichst vielen Eigentümern dafür zu werben, diese Grundstücke für eine zügige Bebauung zur Verfügung zu stellen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum Kriterien für die Grundstücksvergaben durch den Gemeinderat zu erarbeiten. Die Konzeption soll Aussagen zur Grundstücksvergabe, zur Mietpreishöhe, Mietpreisbindung und zur rechtlichen Absicherung treffen.
Für preiswerten Mietwohnraum (z.B. Fair Wohnen und Mietwohnungen nach dem Landeswohnraumfördergesetz) werden bei allen künftigen Baugebietsflächen mind. 10 bis max. 20 % der Gesamtflächen für den Geschosswohnungsbau an Wohnungsbauunternehmen, Bauträger oder sonstige Bauherren vermarktet.

6. *abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Die Ziff. 1 des Beschlusses wird mit 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Ziff. 2 des Beschlusses wird mit 29 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Ziff. 3 lit. a) bis c) des Beschlusses wird mit 30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Anteils für den preiswerten Mietwohnraum (Ziff. 3 lit. d) auf mindestens 20 % wird mit 17 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Ziff. 3 lit. d) und e) des Beschlusses wird mit 30 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Ziff. 4 des Beschlusses wird mit 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Anteils für den preiswerten Mietwohnraum (Ziff. 5 S. 3) auf mindestens 20 % wird mit 17 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Ziff. 5 des Beschlusses wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Ziff. 6 des Beschlusses wird mit 16 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Einfügung der folgenden Ziffer 7 wird mit 16 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt:

7. Die Beschlüsse zu den Vorl. Nrn. 118/07, 248/07, 221/13 ohne Ziffer 2 sowie Vorl. Nr. 414/13 werden hiermit außer Kraft gesetzt.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** informiert, dass die Verwaltung für die heutige Sitzung keinen Sachvortrag mehr vorgesehen habe und erinnert an die Vorberatungen. Hinsichtlich der Vorl. Nr. 544/13 weist er darauf hin, dass die in Ziff. 3 des Empfehlungsbeschlusses genannten Bedingungen kumulativ erfüllt sein müssten. Zur Klarstellung solle hinter jeder Bedingung ein „und“ eingefügt werden.

Stadtrat **Herrmann** betont, dass die Baulandentwicklung ein schwieriges und wichtiges Thema sei. Er richtet an die Verwaltung die Bitte, nach der heutigen Sitzung alle Beschlüsse zu dieser Thematik zusammenzufassen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass weiterhin auch Bauträger

Gebiete entwickeln sollten, aber nicht alle Bedarfe durch den freien Markt abgedeckt werden könnten. Hinsichtlich des Empfehlungsbeschlusses bittet er um getrennte Abstimmung. Den Ziffern 1 bis 5 der Vorl. Nr. 544/13 werde seine Fraktion weitgehend zustimmen. Der Ziffer 6 könne sie jedoch nicht zustimmen, da Baugruppen nicht in jedem Gebiet sinnvoll seien.

Außerdem stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag um die folgende Ziffer 7 zu ergänzen:

7. Die Beschlüsse zu den Vorl. Nrn. 118/07, 248/07, 221/13 ohne Ziffer 2 sowie Vorl. Nr. 414/13 werden hiermit außer Kraft gesetzt.

Stadtrat **Dr. Bohn** und seine Fraktion könnten der Vorl. Nr. 544/13 grundsätzlich zustimmen. Bezugnehmend auf ein Schreiben der Kirchen stellt er klar, dass es auch besondere Bedarfe, z. B. für preiswerten Mietwohnraum, gebe. Bei der Schaffung von Wohnraum müssten auch Probleme der Menschen Berücksichtigung finden, da manche eine Chance benötigten, zurück in die Gesellschaft zu finden. Bei dem Anteil der Flächen für preiswerten Mietwohnungsbau (Ziff. 3 lit. d) des Beschlussvorschlages) spreche er sich im Namen der SPD-Fraktion für einen Anteil von mind. 20 % aus und bittet um eine Abstimmung darüber.

Stadträtin **Schneller** vertritt den Standpunkt, dass Privateigentum geschützt werden müsse. Im Hinblick auf den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sei sie entsetzt darüber, wie die Mitglieder des Gemeinderates mit Privateigentum umgehen. Weiter kritisiert sie die unscharfe Formulierung „einer nachhaltigen Stadtentwicklung dienlich“ in Ziff. 3 lit. e). Ihre Fraktion werde in der heutigen Sitzung keine Änderungsanträge mehr stellen, bittet allerdings um getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern.

Stadtrat **Dr. Vierling** erinnert daran, dass in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung ein gewisser Kompromiss gefunden worden sei. Außerdem begründet er kurz den Antrag seiner Fraktion zur Reservierung von Flächen für die Bebauung durch Baugruppen, der im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung angenommen worden sei (Ziff. 6 des Empfehlungsbeschlusses). Bezug nehmend auf das Schreiben der Kirche führt er aus, dass der Anteil für preiswerten Mietwohnraum nach Meinung seiner Fraktion höher sein müsse.

Stadtrat **Dr. Jordan** ist der Ansicht, dass durch die umfassenden Beratungen ein guter Kompromiss gefunden worden sei. Obwohl nicht alle Wünsche seiner Fraktion in dem Empfehlungsbeschluss umgesetzt seien, könne seine Fraktion zustimmen. Er befürworte insbesondere, dass die Themen preiswerter Mietwohnraum und nachhaltige Stadtentwicklung in dem Beschluss verankert seien. Darüber hinaus sei positiv, dass die Stadt auf die Grundstückseigentümer zugehe.

Stadträtin **Burkhardt** betont, dass sie im Vergleich zu ihren Vorrednern andere Schwerpunkte habe. So spricht sie sich beispielsweise gegen die Versiegelung neuer Flächen aus. Außerdem müssten Flächen für Wohnzwecke nicht unbedingt von Gewerbeflächen getrennt werden. Neben der Schaffung von Wohnraum sei auch die Freiflächenentwicklung und der Erhalt von Grünflächen sehr wichtig. Sie plädiert dafür, dass die Vorgaben des Baugesetzbuches, zum Beispiel zu Bürgerbeteiligung und Umweltschutz, angewendet werden. Sie könne der Vorl. Nr. 544/13 nicht zustimmen.

Stadtrat **Kemmerle** findet die heutige Beschlussfassung sehr wichtig, da in Ludwigsburg nur noch sehr wenige freie Flächen vorhanden seien. Aufgrund der bereits erfolgten Spekulationen sei eine Steuerung durch die Stadt erforderlich. Die Interessen der Kleineigentümer werden seiner Meinung nach gewahrt. Er könne der Vorl. Nr. 544/13 zustimmen. Allerdings sollte der Anteil für preiswerten Mietwohnraum (Ziff. 3 lit. d) und Ziff. 5 S. 3) erhöht werden.

Stadträtin **Lange** könne den Ziffern 1 bis 5 der Vorl. Nr. 544/13 zustimmen. Sie vertritt jedoch den Standpunkt, dass der Anteil von Flächen für preiswerten Mietwohnungsbau auf mind. 20 % erhöht werden solle.

Hinsichtlich des Antrags der CDU-Fraktion erklärt Herr **Hugger** (FB Liegenschaften), dass eine

4.	./. Haushaltseinnahmereste vom Vorjahr	0,00	0,00	0,00
5.	Bereinigte Soll-Einnahmen	313.659.894,13	44.629.642,96	358.289.537,09
6.	Soll-Ausgaben	312.950.194,13	37.857.042,96	350.807.237,09
7.	Neue Haushaltsausgabereste	3.498.400,00	13.372.000,00	16.870.400,00
8.	Zwischensumme	316.448.594,13	51.229.042,96	367.677.637,09
9.	./. Haushaltsausgabereste vom Vorjahr	2.788.700,00	6.599.400,00	9.388.100,00
10.	Bereinigte Soll-Ausgaben	313.659.894,13	44.629.642,96	358.289.537,09
11.	Differenz Ziff. 10 ./. Ziff. 5 (Fehlbetrag)	0,00	0,00	0,00

Nachrichtlich:

12. Zugänge/Abgänge an:

12.1	Haushaltseinnahmeresten	0,00	0,00	0
12.2	Haushaltsausgaberesten	709.700,00	6.772.600,00	7.482.300
13.	Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO		4.911.896,17	4.911.896
14.	Fehlbetrag nach § 84 Abs. 2 GemO		0,00	0

II. Vermögen der Stadt

Geldvermögen

Stand zu Beginn des RJ 2012 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand auf Ende des RJ 2012 EUR
167.614.580,52	12.410.127,38	6.446.083,39	173.578.624,51

III. Schulden

Stand zu Beginn des RJ 2012 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand auf Ende des RJ 2012 EUR
9.196.214,35	0,00	529.350,38	8.666.863,97

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Dr. Bohn
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Lange
Stadtrat Kirnbauer

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec unter Verweis auf den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung über die Vorl. Nr. 433/13 abstimmen

TOP 4.2

Wirtschaftsplan 2014

Vorl.Nr. 407/13

Beschluss:

Dem der Vorl. Nr. 407/13 beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Lange
Stadtrat Seybold

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 7

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet einmütig auf einen Vortrag seitens der Verwaltung.

Stadtrat **Dr. Vierling** betont, dass sich der Zuschussbedarf des Eigenbetriebes verringern sollte und die Belegung der Veranstaltungsstätten im Jahr 2014 gesteigert werden müsse.

Stadträtin **Kreiser** erinnert daran, dass sich der Eigenbetrieb Tourismus & Events derzeit noch in der Aufbauphase befinde.

Stadtrat **Weiss** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass diese nicht in allen Punkten einverstanden sei und sich enthalten werde. Er bemängelt insbesondere, dass die Übernachtungszahlen sinken würden.

OBM **Spec** stellt klar, dass sich die Übernachtungszahlen innerhalb der letzten zehn Jahren verdoppelt hätten. Mit dem Hotel auf dem Bleyle-Areal könne eine weitere Erhöhung erreicht werden. Sodann lässt er unter Verweis auf die Vorberatung im Betriebsausschuss über die Vorl. Nr. 407/13 abstimmen.

TOP 5 Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2.

TOP 5.1 Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebs Vorl.Nr. 536/13 **Stadtentwässerung Ludwigsburg**

Beschluss:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg zum 31.12.2012 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2012 in EUR	2011 in EUR
1.1	Bilanzsumme	64.729.701,73	64.067.126,23
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	62.339.250,76	63.122.465,79
	- das Umlaufvermögen	2.342.268,99	928.456,89
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	1.446.026,82	1.155.229,75
	- die Investitionszuschüsse	11.177.993,93	11.767.892,62
	- die Abwasserbeiträge	5.061.678,78	4.945.645,54
	- die Rückstellungen	1.306.064,05	642.905,69
	- die Verbindlichkeiten	45.737.938,15	45.555.452,63
1.2	Jahresgewinn/Jahresfehlbetrag	616.493,83	531.503,27
1.2.1	Summe der Erträge	11.722.570,98	11.672.652,17
1.2.2	Summe der Aufwendungen	11.106.077,15	11.141.148,90

2. Ergebnisverwendung

Der handelsrechtliche Jahresüberschuss in Höhe von 616.493,83 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Entlastung

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2012 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Lange
Stadtrat Seybold
Stadtrat Daferner

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec verweist auf die Beschlussempfehlungen und lässt über die Vorl. Nr. 536/13 abstimmen.

TOP 5.2

**Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg
- Wirtschaftsplan 2014**

Vorl.Nr. 535/13

Beschluss:

Dem der Vorl. Nr. 532/13 beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2014 wird zugestimmt.
Die Niederschlagswassergebühr beträgt weiterhin 0,28 EUR pro Quadratmeter und die Schmutzwassergebühr 1,41 EUR pro Kubikmeter.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Lange
Stadtrat Seybold
Stadtrat Daferner

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec verweist auf die Beschlussempfehlungen und lässt über die Vorl. Nr. 535/13 abstimmen.

TOP 6

Beteiligung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH an der Netzeigentumsgesellschaft für die Stadt Remseck - Gesellschaftsverträge

Vorl.Nr. 438/13

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt bzw. der Städtischen Holding Ludwigsburg GmbH in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt, dem Abschluss der beigefügten Gesellschaftsverträge zur Gründung der Gemeinsame Netzgesellschaft SWLB/STWWN Verwaltungs-GmbH und der Gemeinsame Netzgesellschaft SWLB/STWWN GmbH & Co. KG zuzustimmen. Er wird ermächtigt noch evtl. erforderliche geringfügige Änderungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadträtin Lange
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

OBM Spec ruft zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 438/13 auf.

TOP 7

Scala gGmbH 2012 und Zuschussantrag 2014

Vorl.Nr. 332/13

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates einigen sich darauf, diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der noch offenen Fragen erst im Jahr 2014 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie im Gemeinderat zu beraten.

TOP 8

**Ludwigsburger Schlossfestspiele vorläufiger
Abschluss 2013, Programmplanungen und
Zuschussantrag 2014**

Vorl.Nr. 429/13

Beschluss:

1. Der vorläufige Abschluss 2013 der Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen 2014 der LSF wird zugestimmt.
3. Für den Haushalt 2014 wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2014 durch den Gemeinderat, für die Ludwigsburger Schlossfestspiele ein Förderbetrag von 800.000,- EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadträtin Lange
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Daferner
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat Seybold

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums kein Beratungsbedarf besteht lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 429/13 abstimmen.

TOP 9

**Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012 zur
Gleichbehandlung der Kulturvereine mit den
Sportvereinen im Hinblick auf die Mietkosten im
Jugendbereich**

Vorl.Nr. 428/13

Beschluss:

1. Im Rahmen der Förderung der Gesang- und Musikvereine des Stadtverbandes Ludwigsburg wird die Nutzung von städtischen Räumlichkeiten für Proben der Jugendensembles in Höhe der jeweils anfallenden Bruttomiete ab dem Haushaltsjahr 2014 bezuschusst.
2. Die Richtlinien zur Förderung der Vereine mit kultureller Zielsetzung in der Fassung vom 1.01.2013 werden unter Ziff. 4 entsprechend dem Sachvortrag ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadtrat Müller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadträtin Lange
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Daferner

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bezugnehmend auf den Antrag ihrer Fraktion (Vorl. Nr. 525/12) bedankt sich Stadträtin Schittenhelm für den guten Verwaltungsvorschlag.

Sodann ruft OBM Spec unter Verweis auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 428/13 auf.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4 zur Vorl. Nr. 538/13) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Oberes Hoffeld“ Nr. 062/03 vom 29.11.2013 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung jeweils mit Datum vom 29.11.2013 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Lange
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Daferner
Stadträtin Voigt

Ja 25 Nein 2 Enthaltung 8

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert anhand einer Präsentation die vorgesehene Entwässerung in diesem Plangebiet. Auf Nachfrage von Stadtrat **Noz** betont er, dass bezüglich der Entwässerung keine Probleme zu erwarten seien bzw. ein einfaches Gegensteuern möglich sei.

Stadträtin **Steinwand** erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass sie sich enthalten werde.

Stadträtin **Burkhardt** teilt mit, dass sie den Verwaltungsvorschlag ablehne und verweist auf ihre Begründung in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt.

Daraufhin ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 538/13 auf.

Beschluss:

- III. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Bauhofstraße“ Nr. 010/06 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 25.10.2013.
- IV. Ziel der Planung ist es, im nördlichen Bereich des Marstall-Centers einen öffentlichen Platz und ein Wohn- und Dienstleistungsgebäude zu realisieren. Darüber hinaus sollen die Verkehrs- und Freiflächen neu geordnet werden.



- V. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt.
- VI. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
 Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
 Stadträtin Lange
 Stadtrat von Stackelberg
 Stadtrat Daferner

Ja 35 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend erklärt BM Iik, dass in der heutigen Sitzung lediglich der Aufstellungsbeschluss gefasst werden solle. Die inhaltlichen Fragestellungen werden im Laufe des weiteren Verfahrens thematisiert.

Das Gremium verzichtet einmütig auf einen Sachvortrag zu diesem Tagesordnungspunkt.

Stadträtin **Burkhardt** betont, dass sie den Beschlussvorschlag ablehnen werde, da ihrer Meinung nach die Schaffung von Grünflächen sinnvoller sei als der Bau eines Wohn- und Dienstleistungsgebäudes.

OBM **Spec** verweist auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt und lässt über die Vorl. Nr. 374/13 abstimmen.

TOP 12 **Gemeinderats- und Kreistagswahl am 25. Mai 2014:** **Vorl.Nr. 399/13**
Wahl der Stellvertreter des Vorsitzenden des
Gemeindewahlausschusses

Beschluss:

1) Wahl der Stellvertreter des Gemeindewahlausschusses:

Vorsitzender des Gemeindewahlausschusses ist kraft Amtes Herr Oberbürgermeister **Werner Spec** (§ 11 Abs. 2 Satz 1 KomWG)

Für den Fall seiner Verhinderung wird Herr Erster Bürgermeister **Konrad Seigfried** zum Stellvertreter und zu weiteren Stellvertretern Herr **Winfried Albrecht** (FBL 33) und Herr **Robert Nitzsche** (FBL 10) gewählt.

2) Wahl der Beisitzer/innen und stellvertretenden Beisitzer/innen des Gemeindewahlausschusses:

- a) In den Gemeindewahlausschuss werden **8** Beisitzer/innen und **8** stellvertretende Beisitzer/innen berufen.
- b) Jede im Gemeinderat vertretene Partei oder Wählervereinigung benennt dem Fachbereich Bürgerdienste, Team Wahlen, **bis spätestens Mittwoch, 15. Januar 2014**, je zwei Wahlberechtigte, die dann als Beisitzer/innen bzw. stellvertretende Beisitzer/innen des Gemeindewahlausschusses gewählt gelten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kopp (entschuldigt; beruflich verhindert)
 Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
 Stadträtin Lange
 Stadtrat von Stackelberg
 Stadtrat Daferner

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Mitglieder des Gemeinderates verzichten einmütig auf Sachvortrag auf Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Sodann ruft OBM **Spec** unter Verweis auf den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 399/13 auf.